

Ergebnisprotokoll der öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19.03.2020

1. Reduzierung der Öffnungszeiten in der Kita Albstraße - Er- stattung von Betreuungsgebühren 059/2020

Empfehlungsbeschluss:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rückerstattung der anteiligen Betreuungsgebühr wird zugestimmt.

2. Bekanntgaben

2.1. Information zu den Sitzungen in der aktuellen Situation (Corona)

Der Vorsitzende geht auf die aktuelle Sondersituation und die damit verbundenen Anfragen und Schreiben des Gremiums ein, bitte keine Sitzungen mehr zu halten. Es gebe eine klare Mitteilung vom Gemeindetag und bisher sei weder der Notstand noch der Katastrophenfall ausgerufen. Die Landesverordnung vom 17. März, in der in § 3 Abs. 3 Versammlungen untersagt seien, gelte nicht für gemeindliche Gremiensitzungen. Das Infektionsschutzgesetz ist zwar gegenüber der GemO lex specialis, jedoch haben insbesondere die Verordnungen des Landes BW die Gremiensitzungen noch einmal explizit vom Versammlungs- und Verbandsverbot ausgenommen. Die Vorschriften der GemO gelten und sind somit für das Handeln in der Kommune anzuwenden bis das Innenministerium und das Regierungspräsidium es explizit anders festlegen.

Die Verwaltung ergreife dennoch Maßnahmen zum Schutz jedes einzelnen Stadtrats. Dazu gehören versetztes Sitzen sowie die Verlegung der Gemeinderatssitzung in eine große Halle um genügend Abstand sicherzustellen. Auch für Belüftung werde gesorgt. Zudem wurde auf andere Getränke und andere Verpflegung umgestellt.

Es werde zur Sitzung eingeladen und falls man nicht beschlussfähig sei, werde zur Sondersitzung am nächsten Tag um 12 Uhr eingeladen und geprüft, ob die Beschlussfähigkeit vorliegt. Ansonsten werde der Vorsitzende im Eilverfahren die Entscheidung treffen.

StRat Kirsch ergänzt, dass mit Blick auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung die Verweildauer in der Halle nicht allzu lang sein müsse. Es könne auch ohne Aussprache sein, sodass die Themen schnell durchgesprochen und die Abstimmung ohne Aussprache erfolge. So könne der Pflicht entsprochen werden.

Der Vorsitzende nimmt diesen Vorschlag gerne auf und bittet die anwesenden Stadträte das als Multiplikatoren weiterzutragen, dass sich möglichst kurzgefasst werden solle. Zudem informiert der Vorsitzende das Gremium, dass EBM Balzer einen Dispens habe

und von Seiten der Verwaltung versucht werde mit möglichst wenigen Personen im gleichen Raum zu sein.

3. Verschiedenes

3.1. Sachstand Notfallbetreuung und Regelung Erzieher

StRat Bohnert erkundigt sich, wie die Regelung bei den ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen sei und ob es eine tägliche Anwesenheitspflicht oder Zwangsurlaub gebe. Zudem fragt er, wie viele Notgruppen beziehungsweise Kinder plus-minus betreut werden.

Der Vorsitzende berichtet, dass fast das ganze vergangene Wochenende geplant wurde. Jede Erzieherin wurde einzeln abtelefoniert und nach der Freiwilligkeit gefragt, in einer Notgruppe zu arbeiten. Für 250 Kinder gebe es Notgruppen-Kapazität. Tatsächlich seien Stand heute neun Plätze nachgefragt. Demnach gebe es genügend Kapazitäten. In weiterführenden Schulen werde Betreuung für die Klassen 5 und 6 angeboten, hier sei die Nachfrage bei null. Auch in der Grundschule sei der Bedarf weit unten im zweistelligen Bereich.

Zu der Regelung für die ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen erklärt der Vorsitzende, dass sehr individuelle, dezentrale Lösungen getroffen wurden. Nach dem bottom-up Prinzip haben die Leitungen mit den Erzieherinnen besprochen wie sie bis 19. April sinnvoll agieren können. Dazu zählen Themen im Homeoffice wie Portfoliobeschreibungen, Vorbereitungen treffen, aber auch z.B. praktische Dinge wie Zäune streichen.

Zunächst sei die primäre Ausrichtung gewesen, möglichst viele Betreuungsplätze in der Notbetreuung anbieten zu können. Seit Dienstag ist man nun dabei einen „geordneten“ Betrieb in dieser Sondersituation zu organisieren.

Das Arbeitsrecht gebe es her, dass man ErzieherInnen sofort freistellen könnte ohne sie weiter zu bezahlen.

Das werde man aber nicht machen, sondern zu den individuellen, dezentralen Lösungen im bottom-up Verfahren greifen.

Die Personalratsvorsitzende Frau Stumm berichtet von der Situation der ErzieherInnen, die zunächst Dienstags nicht wussten, was auf sie zukommt, da ja die Priorität in der Notgruppenplatzbereitstellung bzw. Platzvergabe war. Es wurden dann unterschiedliche Lösungen und Arbeiten gefunden und alle Arbeitsstunden werden händisch erfasst. Viele würden sich auch anbieten in der Notgruppe zu rotieren, damit diejenigen rausfallen, die über 60 Jahre alt sind. Die Situation schweiße zusammen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Impuls der Personalratsvorsitzenden.

Remseck am Neckar, 23. März 2020

Für die Richtigkeit!

Die Schriftführerin